

Gesetzentwurf

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

Gesetz zur Wiederherstellung der hergebrachten Amtszeitdauern für alle Landrätinnen und Landräte im Land Brandenburg

Geszentwurf für ein

Gesetz zur Wiederherstellung der hergebrachten Amtszeitdauern für alle Landrätinnen und Landräte im Land Brandenburg

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Aufhebung des Gesetzes zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeiten- regelungsgesetz)

Das Amtszeitenregelungsgesetz vom 10. Juli 2017 (GVBl. I Nr. 15) wird aufgehoben.

Artikel 2

Geltung beamtenrechtlicher Vorschriften

Eine während der Geltungsdauer des § 2 S. 1, 2 Amtszeitenregelungsgesetz erklärte Zustimmung zur Fortführung des Amtes begründet keine Bereitschaft zur Wiederwahl im Sinne von § 122 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes vom 3. April 2009 (GVBl. I S. 26).

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Durch die geplant gewesene Verwaltungsstrukturreform war beabsichtigt, zur allgemeinen Kommunalwahl Mitte 2019 einige Landkreise aufzulösen. Um für diese Fälle keine Wahl von Landräten mit einer Amtsdauer von rund einem Jahr durchführen zu müssen, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, ihre Amtszeiten zu verlängern. Im Zuge der Diskussion zur Beschlussfassung wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit einer solch signifikanten Verlängerung der Amtsdauer kurz vor dem Ende dieser bestehen. Die Mehrheit des Landtages sah eine solche Verlängerung in Ansehung der geplanten nachhaltigen verwaltungsstrukturellen Veränderungen für noch gerechtfertigt an. Dabei machten aber auch die einreichenden Fraktionen in der Begründung des Gesetzesentwurfes deutlich, dass eine solche, während der laufenden Wahlperiode erfolgende Amtszeitverlängerung an besondere Umstände geknüpft sein muss.

Durch die Mitteilung des Ministerpräsidenten am 01.11.2017 ist davon auszugehen, dass die geplante Verwaltungsstrukturreform zumindest bis zum Jahr 2019 nicht weiterverfolgt wird, zumindest aber die betroffenen Landkreise nicht aufgelöst werden. Hiernach ist der sachliche Ausnahmegrund für die Amtszeitverlängerung weggefallen. Es besteht keine verfassungsgemäße Rechtfertigung mehr, den im Demokratieprinzip wurzelnden Grundsatz der Periodizität zu durchbrechen. Hiernach ist sicherzustellen, dass die Wahl der Landräte zu den ursprünglich geplanten Zeiten stattfinden kann.

Zugleich ist zu beachten, dass § 2 des Amtszeitenregelungsgesetzes den amtierenden Landräten die Möglichkeit bietet, durch einseitige Zustimmungserklärung die Amtszeit zu verlängern. § 1 S. 3 bestimmt, dass jene Landräte, die diese Zustimmung nicht erklären, auch in den Genuss des § 122 Abs. 3 Landesbeamtengesetz kommen. Dies gilt erst recht für jene, die diese Erklärung abgeben, weil diese mit einer Bereitschaft zur Wiederwahl im Sinne von § 122 Abs. 3 Landesbeamtengesetz gleichzusetzen ist (so auch: Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke, Drucksache 6/6519, S. 2 der Begründung).

Es erscheint sachgerecht, jene Landräte, die eine Erklärung nach § 2 S. 1, 2 Amtszeitenregelungsgesetz nicht abgegeben haben, nach Aufhebung des Gesetzes nicht in den Genuss des § 122 Abs. 3 Landesbeamtengesetz kommen zu lassen. Denn eine bloße Nichthandlung vermag einen Vertrauenstatbestand nicht zu begründen. Dies, zumal weiterhin die Möglichkeit einer Bewerbung für die im Jahr 2018 stattfindenden Wahlen besteht.

Es erscheint aber ebenso sachgerecht, auch jene Landräte, die diese Zustimmung bereits erklärt haben, nicht in den Genuss des § 122 Abs. 3 Landesbeamtengesetz kommen zu lassen. Denn ihre Erklärung bezog sich auf eine Ausnahmesituation, deren Anknüpfungspunkt nunmehr wegfällt. Es ist zumutbar, trotz der abgegebenen Erklärung eine erneute Bewerbung bei einer „regulären“ Wahl für die Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen zu verlangen. Da aber die Abgabe einer solchen Zustimmung unter beamtenrechtlicher und vertrauenstatbestandlicher Sicht nicht ohne Weiteres als obsolet angesehen werden kann, ist eine gesetzliche Klarstellung erforderlich. Um sicherzustellen, dass die ordnungsgemäß, während der Geltungsdauer erklärte Zustimmung keinen privilegierenden Vertrauens-

tatbestand zu begründen vermag, braucht es eine gesetzliche Bestimmung, die mögliche dahingehende Annahmen ausschließt.